



Stephan Thomae

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon (030) 227 75787

Fax (030) 227 76787

E-Mail: stephan.thomae@bundestag.de

Berlin, 18.08.2011

Die Finanzmarktprobleme von heute sind die Folge des Staatsversagens von gestern

Zur aktuellen Debatte um die Einführung von Eurobonds erklärt der schwäbische FDP-Bezirksvorsitzende Stephan Thomae, Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages:

Eurobonds sind kein geeignetes Mittel, um die Strukturprobleme in den finanzschwachen Ländern der EU zu lösen. Länder wie Griechenland, Irland, Portugal oder Spanien, Italien und Zypern müssen auf lange Sicht ihre hausgemachten Defizite reduzieren, damit die europäische Währung stabil bleibt.

Eurobonds sind dafür ungeeignet. Sie würden eine gesamtschuldnerische Haftung aller Euro-Staaten bedeuten. Eine solche Regelung gilt nicht einmal unter den deutschen Bundesländern. Hier gibt es zwar den Länderfinanzausgleich. Dieser bedeutet aber keine gesamtschuldnerische Haftung der Bundesländer füreinander.

Nach einer Kalkulation des ifo-Instituts würde die Einfuhr von Eurobonds für Deutschland einen deutlichen Zinsaufschlag von 2,3 Prozentpunkten auf seine Schuldentilgung bedeuten. Dies entspräche jährlichen Mehrkosten von gut 47 Milliarden Euro, die Deutschland an anderer Stelle im Haushalt fehlen würden. Um diese Mehrbelastung auszugleichen, müssten

Pressenmitteilung



Stephan Thomae

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon (030) 227 75787

Fax (030) 227 76787

E-Mail: stephan.thomae@bundestag.de

wir entweder in gleicher Höhe Steuern erhöhen, Ausgaben einsparen oder die Neuverschuldung anheben.

Mit der Einfuhr von Eurobonds würden wir uns zugleich der Möglichkeit berauben, in den betroffenen Ländern auf eine solide Haushaltspolitik und Strukturänderungen hinzuwirken. Sie würden darüber hinaus den Anreiz für diese Länder senken, Strukturänderungen herbeizuführen. Vielmehr würden die Schuldenländer sich auf das Einspringen der restlichen Eurogruppe verlassen. Deutschland wäre nur noch Zahlmeister und würde sich aller Gestaltungsmöglichkeiten begeben. Die Probleme der Schuldenländer sind zu vielfältig und zu komplex, als dass sie durch eine einheitliches Zaubermittel wie die Einfuhr von Eurobonds gelöst werden könnten.

Die nun von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy gemachten Vorschläge für einen neuen Stabilitätspakt sind der richtige Weg. Wir brauchen mehr Stabilität, mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr Wachstum – aber keine Haftungsgemeinschaft.

Pressemitteilung